

# WESER KURIER



TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

FREITAG, 17. JANUAR 2020 | 76. JAHRGANG | NR. 14 | EINZELPREIS 1,80 €



## Volksbank führt Negativzinsen ein

### Vermögende Privatkunden betroffen

VON LISA BOEKHOFF

**Bremen.** Die Bremische Volksbank gibt Negativzinsen in Zukunft an ihre vermögenden Privatkunden weiter. Wer ein Guthaben von mehr als 100 000 Euro vorhält, soll zunächst zu Anlagealternativen beraten werden. Gibt es dann keine Bereitschaft für eine der Optionen, wird ein „Verwahrtgelt“ in Höhe von 0,5 Prozent fällig. „Das ist ein extrem schwerer Schritt“, sagte Ulf Brothuhn, Vorstandsvorsitzender der Bremischen Volksbank, am Donnerstag. Seit geraumer Zeit beschäftigt die Genossenschaftsbank das Szenario. So lange wie möglich habe man versucht, den Schritt abzuwenden, sagte Brothuhn. Nun sollen die betroffenen Kunden ab diesem Freitag angesprochen werden.

Firmenkunden der Bank zahlen bereits seit dem vergangenen Sommer Negativzinsen. In Deutschland könne sich keine Bank dem Ertragsdruck durch Liquiditätsvorschriften und Negativzinsen entziehen, so Brothuhn. Die Banken müssen ebenfalls 0,5 Prozent zahlen, wenn sie Geld bei der Europäischen Zentralbank parken, da der sogenannte Einlagenzins seit Jahren negativ ist. „Wir haben genauso wie die ganze Branche geglaubt, dass dieser ‚Spuk‘ des Negativzins 2021/22 langsam ausläuft.“ Doch der damalige EZB-Chef Mario Draghi habe alle überrascht. Die Zinswende kam nicht.

Immer mehr Banken in Deutschland haben im zweiten Schritt Zinsen auf Guthaben auch von Privatkunden eingeführt – ganz neu die Oldenburgische Landesbank (OLB). Seit Anfang des Jahres entfallen Negativzinsen in Höhe von 0,4 Prozent bei Einlagen auf dem Girokonto von mehr als 500 000 Euro und auf dem Tagesgeldkonto bei mehr als 100 000 Euro. Ebenfalls müssen kleine und mittelständische Firmenkunden sowie Großunternehmen zahlen ab jeweils einstelligen Millionenbeträgen auf dem Geschäftskonto.

#### Sparkasse schließt Schritt nicht aus

Das Verwahrtgelt trifft OLB-Sprecherin Britta Silchmüller zufolge nicht die Kleinsparer. „Für mehr als 99 Prozent unserer Privatkunden im Girokontobereich hat die Entgelt-einführung keine Auswirkungen.“ Die Negativzinsen sehe die Bank als Instrument, um für das überschüssige Geld bessere Lösungen als Giro- und Tagesgeldkonto zu finden oder es „aus der Bank heraus zu managen“.

Die Sparkasse Bremen erhebt derzeit bei Privatkunden keine Negativzinsen. Ausschließen will die Bank sie aber nicht. „Da wir nicht wissen, wohin sich die Geldpolitik der EZB weiter entwickelt, können wir Garantien für die Zukunft leider nicht geben“, teilte Sprecherin Nicola Oppermann mit. Bei Firmenkunden gebe es bei hohen Summen auf Giro- oder Tagesgeld individuelle Vereinbarungen.

Auf Absprachen mit Privat- und Firmenkunden setzt auch die Commerzbank. Feste Be-

träge, ab denen Gebühren fällig werden, gibt es nicht. Die Bank schaut laut Sprecherin Dagmar Baier auf die Kundenbeziehung. „Im Falle von sehr großen Einlagevolumen führen wir, wie schon in der Vergangenheit, Gespräche mit den jeweiligen Kunden, um eine Umschichtung in andere Anlageformen zu erreichen.“ Die Konkurrenz hält es recht ähnlich. „Im breiten Kundengeschäft mit relativ gesehen geringeren Einlagen gibt die Deutsche Bank keine Kosten für Einlagen an die Kunden weiter“, teilte Sprecher Christian Hotz mit. Doch mit Kunden mit höherem Einlagevolumen – Konzernen, großen Firmenkunden und sehr vermögenden Privatkunden – sei die Bank im Gespräch.

Schon heute verliert Vermögen auf dem Sparbuch oder Girokonto aufgrund der Inflation an Wert. Doch die Negativzinsen hätten nun eine andere Wirkung, führte Ulf Brothuhn aus, als die Bank ihre Entscheidung bekannt gab: „Das Ganze ist eher Psychologie.“ Kunden könnten die Negativzinsen auf Ersparnisse nicht nachvollziehen. Wer etwa ein Guthaben von 200 000 Euro auf dem Konto hat, für den fallen bei einem Verwahrtgelt von 0,5 Prozent 1000 Euro im Jahr an oder monatlich gerechnet rund 83 Euro.

#### Brothuhn: „Kein Verwahrer“

„Verwahrtgelte sind nur ein Weg der Banken und Sparkassen“, sagte Annabel Oelmann, Vorstandin der Verbraucherzentrale Bremen. Fast alle Banken – auch in Bremen – hätten die Kontoführungsgebühren erhöht. „Das wäre unter dem Strich wohl keinen Deut besser. Den Verbrauchern muss klar sein – es ist eine negative Rendite – so oder so.“ Für den Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel ist der Schritt der Volksbank „unvermeidbar“ gewesen. „Die Negativzinsen sind eher eine Verzweiflungstat“, kommentiert er. Sie hätten ihren Ursprung nicht nur bei den Einlagenzinsen, die Banken zahlen müssen, sondern seien auch Folge der „langanhaltenden, extremen Billiggeldpolitik“. Die vermasselse den Banken ihren Profit. Die Banken hätten längere Zeit mit Gebührenerhöhungen reagiert, doch das lasse sich nicht mehr darstellen: Der Trend zu Einlagenzinsen werde sich fortsetzen.

Insgesamt sollen von der Einführung der Negativzinsen 1000 Kunden der Volksbank betroffen sein. „Das heißt aber nicht, dass uns Einlagen unter 100 000 Euro nicht wehtun“, sagte Brothuhn dazu. Gegenüber Neukunden ist die Bank deutlich: Wer die Volksbank abschließt, „als Verwahrstelle nutzen“ wolle, für den werde kein neues Konto eröffnet. „Die Bremische Volksbank ist Berater und kein Verwahrer.“ In der Vergangenheit wechselten Kunden zur Volksbank, weil ihre bisherige Bank bereits Negativzinsen eingeführt hatte. Die Volksbank bereitet derzeit eine Kooperation mit der Plattform „Weltsparen“ vor. Diese bietet Einlagen weiter an. **Kommentar Seite 2**



## Fahrplan für das Kohle-Aus

**B**undesregierung, Länder und Betreiber haben ihren Fahrplan für den Kohleausstieg bis 2038 verabredet. Bis Ende 2020 soll der erste Block in einem Braunkohlekraftwerk im rheinischen Revier abgeschaltet werden. Zugleich soll mit Datteln 4 im Ruhr-

gebiet aber noch ein großes Steinkohlekraftwerk ans Netz gehen. Das Braunkohlekraftwerk Schkopau (Foto) in Sachsen-Anhalt soll bis 2034 laufen.

TEXT: DPA/FOTO: HENDRIK SCHMIDT  
Kommentar Seite 2/Thema Seite 3

## Grundrente kostet 1,4 Milliarden Euro

**Berlin.** Von der Grundrente für langjährige Geringverdiener sollen mehr Senioren profitieren als ursprünglich geplant. Bereits ab 33 Jahren mit Rentenbeiträgen aus Beschäftigung, Kindererziehung oder Pflegetätigkeit sollen Minirenten um einen Zuschlag erhöht werden, wie aus einem Gesetzentwurf des Arbeitsministeriums hervorgeht. Der Zuschlag soll zunächst gestaffelt werden und bei 35 Beitragsjahren die volle Höhe erreichen.

Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD als Bedingung 35 Jahre Beitragszahlung vereinbart. Insgesamt sollen nun 1,4 Millionen Rentnerinnen und Rentner davon profitieren, davon 70 Prozent Frauen. Laut dem Gesetzentwurf sollen die Kosten im ersten Jahr rund 1,4 Milliarden Euro betragen. Bis 2025 könnten sie dem Entwurf zufolge auf rund 1,7 Milliarden steigen, weil man damit rechnet, dass die Rente an sich steigt. Die Kosten sollen vollständig aus Steuermitteln beglichen werden. Die Grundrente soll Anfang 2021 starten. Sie muss nicht extra beantragt werden, die Rentenversicherung soll sie automatisch berechnen. Die nötigen Daten etwa für die Einkommensprüfung sollen von den Finanzämtern kommen. Dazu muss ein Datenaustausch neu aufgebaut werden.

Nach Angaben von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) startete am Donnerstag die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung über den Gesetzentwurf. „Jetzt peilen wir eine zeitnahe Kabinettsbefassung an“, sagte Heil. **DPA**

## Opfer sollen mehr Rechte bekommen

**Berlin.** Das Bundesjustizministerium will die Rechte der von strafbaren Beiträgen in sozialen Netzwerken Betroffenen stärken. Opfer etwa von Beleidigungen oder Drohungen sollen ihre Auskunftsansprüche gegenüber den Netzwerken künftig besser durchsetzen können. Dies berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf einen Gesetzentwurf des Ministeriums. Der Entwurf ist demnach in der Abstimmung mit den anderen Ressorts und soll am 1. April vom Kabinett beschlossen werden. Er sehe vor, dass Nutzer in Zukunft leichter gegen Entscheidungen der Netzwerkanbieter vorgehen könnten – etwa gegen die Löschung eines eigenen Beitrags oder wenn sie mit der Nichtlöschung eines fremden Beitrags unzufrieden seien.

Das vor zwei Jahren beschlossene Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichtet Internet-Plattformen zu einem härteren Vorgehen gegen Hass, Hetze und Terror-Propaganda. Strafbare Inhalte müssen binnen 24 Stunden gelöscht werden, auf Beschwerden soll nach spätestens 48 Stunden reagiert werden. **DPA**

## Handballer besiegen Weißrussland

**Wien.** Die deutschen Handballer haben zum Auftakt der EM-Hauptrunde das erhoffte Erfolgserlebnis gefeiert. Die DHB-Auswahl setzte sich am Donnerstag in Wien gegen Weißrussland deutlich mit 31:23 (18:11) durch und wahrte damit die Chance auf das Halbfinale. Der starke Timo Kastening von der TSV Hannover-Burgdorf war vor rund 5500 Zuschauern mit sechs Toren bester Werfer des Teams von Bundestrainer Christian Prokop, dessen Mannschaft einen starken Auftritt zeigte. Vor allem Torhüter Andreas Wolff glänzte mit einigen Paraden. Selbst ein Halbzeit-Fauxpas brachte die wie verwandelt wirkende DHB-Auswahl nicht aus dem Tritt. Rückraumstürmer Julius Kühn war kurz vor Beginn der zweiten Hälfte in der Kabine vergessen worden und wurde eingeschlossen. Zeigt die deutsche Mannschaft im zweiten Hauptrunden-Spiel am Sonntagabend gegen die noch verlustpunktfreien Kroaten eine ähnlich energiegeladene Leistung, ist auch ein Erfolg gegen den EM-Mitfavoriten drin. **DPA**

Bericht Seite 25

### BREMEN

#### Straßenbahn statt Ringbusverkehr

10

Verkehrssenatorin Maike Schaefer will mit der BSAG nach einer Lösung für den Wegfall des Ringbusverkehrs in Huchting suchen. Durch den Ausbau der Straßenbahnlinien 1 und 8 muss darauf verzichtet werden.

### MARITIME WIRTSCHAFT

#### Design für Superjacht kommt aus Bremen

20

Beim Bau von Superjachten setzen Eigner und Werften beim Design häufig auf englische oder italienische Firmen. Beim jüngsten Projekt von Abeking & Rasmussen ist dafür Focus Yacht Design aus Bremen zuständig.

### VERMISCHTES

#### Lindenberg auf der Leinwand

8

Von einem Kellnerlehrling aus dem westfälischen Gronau bis zu einem Rockstar: Das Leben des Udo Lindenberg (Foto) ist filmreif und ab sofort unter dem Titel „Mach Dein Ding“ in vielen Kinos der Republik zu sehen. „Die alten Zeiten in Gronau waren hart“, erinnert sich der 73-jährige Sänger im Interview an seine Kindheit, „es wurde wenig gelacht, das Leben war trist, und Knete hatten wir auch nicht.“ Die Geldsorgen hätten ihn geprägt, sagt Lindenberg.

FOTO: CHRISTIAN CHARISIUS



Familienanzeigen ..... 21  
Fernsehen ..... 28  
Lesermeinung ..... 7

Rätsel & Roman ..... 27  
Tipps & Termine ..... 12  
Veranstaltungsanzeigen ..... 6

## Justiz zieht mehr illegales Geld ein

**Bremen.** Beim Einziehen kriminell erworbenen Vermögens hat die Bremer Justizbehörde nach eigener Darstellung in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt. Seit 2017 liege die Summe der endgültig an die Staatskasse geflossenen, beschlagnahmten Werte bei im Schnitt 3,2 Millionen Euro pro Jahr. Zuvor seien es nur etwa 550 000 Euro im Mittel gewesen. Das geht aus einer Aufstellung der Justizbehörde hervor, die dem WESER-KURIER vorliegt. Das Jahr 2017 markiert einen Einschnitt im Kampf gegen Vermögen, das durch Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten erlangt wurde. Seinerzeit erweiterte der Bund die gesetzliche Grundlage für die Einziehung von Geldern und Sachwerten. In Bremen schlossen fast zeitgleich die Senatsressorts für Finanzen, Justiz und Inneres einen Kontrakt zur Finanzierung zusätzlicher Stellen bei der Strafverfolgung. Im Innenressort wurden 20 zusätzliche Stellen geschaffen, in der Justizbehörde 15, unter anderem für weitere Staatsanwälte und einen Wirtschaftsexperten. Für das Justizressort von Senatorin Claudia Schilling (SPD) steht außer Frage, dass sich die Investition rentiert hat. Dem zusätzlichen Personalaufwand von zwei Millionen Euro im Jahr stünden deutlich höhere durchschnittliche Einnahmen aus der Vermögenseinziehung gegenüber. Die Vereinbarung zwischen den Senatsressorts reicht bis 2021. Sie soll im laufenden Jahr überarbeitet werden. **THE**

Bericht Seite 9

### ÜBRIGENS ...

... muss Ailton demnächst bei Joachim Llambi antanzen. Der ehemalige Fußballprofi und Werderaner hat sich erneut beim Privatsender RTL verdingt – er ist Teilnehmer der 13. Staffel der Unterhaltungsshow „Let's dance“, wo er Juror Llambi und dessen Kollegen mit Hüftschwung, Haltung und Rhythmusgefühl überzeugen muss. Vom 21. Februar an können die Fernsehzuschauer verfolgen, ob der „Kugelblitz“ dazu fähig ist. Mit den kleinen Tanzeinlagen, mit denen der 46-jährige Brasilianer in einem SWB-Werbespot (#machswieailton) für „schnelles Internet“ wirbt, wird er vermutlich nicht allzu weit kommen. Schon vor acht Jahren stand Ailton bei RTL unter Vertrag – als Teilnehmer des Dschungelcamps. Der Auftakt der Tanzshow fällt in die Karnevalszeit, das könnte ungemahnte Folgen haben. Die „Welt“ zitierte Ailton nämlich so: „In Deutschland läuft der Karneval anders als ich ihn kenne. Hier ziehen sich alle komisch an – in Brasilien immer alle aus.“ **DPA/ELL**

### WETTER

Tagsüber 11°  
Nachts 6°  
Niederschlag 70%

Erst freundlich, später Regen  
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



## Vernünftig

Markus Peters  
über den Kohleausstieg

Das der Fahrplan zum Kohleausstieg bei Klimaschützern kaum für Beifall sorgen würde, war zu erwarten. Trotzdem ist der pragmatische Kohle-Kurs der Bundesregierung vernünftig. Das Thema Energieversorgung ist zu komplex für reine Symbolpolitik. Solange die offenen Fragen des Transports und der Speicherung des Stroms aus erneuerbaren Energien nicht zufriedenstellend gelöst sind, dürfte ein sofortiger Kohleausstieg eher kontraproduktiv sein. Wenn für eine Übergangsphase weiter Strom aus fossilen Brennstoffen genutzt wird, dann ist es dagegen sinnvoll, das möglichst effizient zu tun.

Das neue Steinkohle-Kraftwerk Datteln 4 erreicht einen Wirkungsgrad von 45 bis 47 Prozent. Der beschreibt die Leistung im Vergleich zum Heizwert des Brennstoffs. Ein herkömmliches Braunkohlekraftwerk schafft dagegen nur 35 Prozent. Da ist es vernünftig, ein modernes Steinkohle-Kraftwerk ans Netz zu lassen. Ohnehin bleibt die Frage, ob sich Deutschland einen weiteren nationalen Energie-Alleingang erlauben sollte. Der Atomausstieg hat bisher europaweit kaum Signalwirkung entfaltet. Beim Kohle-Ausstieg könnte es zukünftig ähnlich sein.

Thema Seite 3

markus.peters@weser-kurier.de



Mario Lars

## In der Offensive

Lisa Bookhoff  
über Negativzinsen

Es ist die Gretchenfrage der Finanzbranche. Wie halten die Banken es mit den Negativzinsen? Viele Geldhäuser geben sie bereits an ihre Kunden weiter. Seit Jahren zahlen die Banken immerhin selbst für das kurzfristige Parken von Geld bei der EZB. Und die Erträge vergangener Tage sind ihnen weggebrochen. Allein ist die Sache den Kunden schwer zu vermitteln. Und noch sind nicht alle mitgezogen, sondern sind den Umweg über Kontogebühren gegangen.

Die Bremische Volksbank setzt auf die Offensive, jetzt, wo sie sich zu Negativzinsen für vermögende Kunden durchgerungen hat. Ihr ist bewusst: Es ist nicht leicht nachvollziehbar, warum Geld für Geld fällig wird. Der Vorstand richtet sich in einem Beitrag persönlich an seine Kunden – und klärt auf. Diese Transparenz kann nur helfen. Leicht fällt das Bekenntnis zu den Negativzinsen, die Banken lieber als „Verwahrentgelt“ bezeichnen, sicher nicht. Die Konkurrenz dürfte auf lange Sicht folgen. Denn die Zinswende ist auf unabsehbare Zeit verschoben, und der Druck auf die Branche nimmt durch die Digitalisierung und neue Wettbewerber auf dem Markt zugleich weiter zu. Darum bringt es vermutlich auf Dauer wenig, Geld nun schnell umzuparken. Bericht Seite 1

lisa.bookhoff@weser-kurier.de

## Der deutsche Fußball muss sich reformieren

Mathias Sonnenberg  
über die Bundesliga

Wenn an diesem Freitag die Bundesliga wieder ihren Betrieb aufnimmt, wird die Nervosität bei Werder Bremen ganz schnell allergrößte Ausmaße annehmen. Platz 17, die schlechteste Hinrunde in der Bundesliga-Geschichte, die meisten Gegentore in Europas Top-Ligen, es gibt etliche Fakten, um an der Weser Angst und Schrecken zu verbreiten. Und auch diese Statistik macht keinen Mut: In den vergangenen sechs Spielzeiten ist fünfmal die Mannschaft abgestiegen, die nach der Hinrunde auf Platz 17 stand. Nur Borussia Dortmund (ja, die hatten auch mal einen kräftigen Durchhänger) kämpfte sich vor fünf Jahren von Platz 17 im Winter auf Platz sieben im Sommer. Aber Fußballspiele wurden bislang selten am Rechenschieber entschieden, wichtig ist noch immer auf dem Platz. Und da haben die Bremer ja noch eine Menge Luft nach oben. Es wird interessant sein zu beobachten, wie die Geschäftsführung auf weitere sportliche Rückschläge reagiert. Ein unbedingtes Festhalten an einem Florian Kohfeldt, sogar bis zum Abstieg, weil man von dessen langfristigen Konzepten überzeugt ist?

Oder dann doch in letzter Konsequenz die Reißleine ziehen, um den Abstieg mit aller Kraft zu verhindern? Für die Bremer Fußball-Bosse könnte die Rückrunde auch zu einer Richtungsentscheidung ihrer Arbeit werden. Es ist schon jetzt bemerkenswert, dass der Trainer trotz sportlicher Tal-fahrt nicht zur Diskussion steht, und Werder mal wieder die Gesetze der Fußball-Branche außer Kraft

setzt. Die Frage ist nur: Wie lange hält der Klub das durch? Und wie hoch ist der Preis?

Dass ein Abstieg auch wirtschaftlich ein Desaster wäre, ist allen klar. Schon jetzt ist die finanzielle Kluft zur Spitze der Liga für Werder unüberwindbar. Der FC Bayern München etwa bekommt vom Anteilseigner Audi in den kommenden Jahren 500 Millionen Euro überwiesen, Borussia Dortmund nach der Vertragsver-

verkauf von Vereinsanteilen 225 Millionen Euro eingenommen. So kreativ kann Werder gar nicht auf dem Transfermarkt handeln, um diese Lücke jemals wieder schließen zu können. Und so wird der Traum von Europa auch dauerhaft einer bleiben.

Dabei ist die Bundesliga in der Spitze ausgeglichen wie lange nicht mehr. Es gab Jahre, in denen Werder zur Schale griff, wenn die Bayern schwächelten. Heute sind es Klubs wie Leipzig oder Gladbach, Dortmund sowieso, die am Thron rütteln. Es gibt gute Gründe, um die Bundesliga zu feiern. Weil sie weltweit die meisten Fußball-Fans in die Stadien holt (40 785 im Schnitt). Weil 3,2 Tore pro Spiel fallen, so viele wie seit 35 Jahren nicht mehr. Und weil sie nicht, wie viele Jahre zuvor, vom ersten bis zum letzten Spiel von den Bayern dominiert wird.

Was der deutsche Fußball sportlich wert ist, zeigt sich aber nicht im Januar, sondern in den mittleren Monaten des Jahres. Dann werden die internationalen Titel vergeben. In den vergangenen zwölf Jahren gab es mit dem FC Bayern nur einen deutschen Verein, der einen europäischen Pokal gewann. Daran wird sich wohl auch 2020 nichts ändern. Überhaupt muss der deutsche Fußball in diesem Jahr zeigen, dass er sich reformieren will. Die Jugendarbeit, also die Basis aller Erfolge der Nationalmannschaft, funktioniert nur noch bedingt. Immer weniger in den Klubs ausgebildete Spieler kommen zum Einsatz. Und immer weniger Spieler, die jünger als 21 sind, werden von ihren Trainern auf das Spielfeld geschickt. Weil es an Qualität mangelt, und Deutschland bei der Schulung der Talente zuletzt viel Boden verloren hat.

Es scheint so, als habe der WM-Titel vor sechs Jahren für eine Sättigung gesorgt. Der Rausch am eigenen Erfolg erstickte die Gier nach weiteren Siegen. Dass die deutsche Nationalelf im Sommer bei der Europameisterschaft triumphiert, scheint derzeit utopisch zu sein. Dagegen ist Werders Klassenerhalt jedenfalls deutlich wahrscheinlicher.

mathias.sonnenberg@weser-kurier.de

## Der Rausch am Erfolg hat die Gier nach Siegen erstickt.

längerung mit Ausrüster Puma 250 Millionen Euro. Von RB Leipzig ganz zu schweigen, der als Brause-Klub sowieso in anderen Sphären schwebt. Selbst Hertha BSC, eher die graue Maus der Liga, hat für den



Auch wenn es in der Hinrunde schlecht gelaufen ist: Werder Bremen hält an Trainer Florian Kohfeldt fest.

FOTO: NORDPHOTO / STOEVER

## Frankfurter Rundschau

über die CSU: „Der klimafreundlichere Kurs der Partei fruchtet bei Wählern nicht: Die einen wählen noch rechter, die anderen das grüne Original. Der bayrische Ministerpräsident Markus Söder sucht nun einen Sündenbock. Im Wunsch, das Bild der Partei zu verjüngen, wird er nicht nur seine Rechnung mit Intimfeind Horst Seehofer begleichen, er entfernt auch die Belastung Andreas Scheuer. So richtig es ist, den Verkehrsminister zur Verantwortung zu ziehen, so sehr zeigt dies die Hilflosigkeit der CSU. Söder würde in einer großen Kabinettsumbildung sogar das Innenministerium aufgeben, um seine Partei in einem anderen Ressort neu zu profilieren. Das ist eine Bankrotterklärung konservativen Machtanspruchs.“

## Frankfurter Allgemeine Zeitung

über Organspenden: „Die Abgeordneten haben es sich nicht leicht gemacht. Sie haben sogar mit deutlicher Mehrheit gegen die Widerspruchsregelung entschieden und damit Haltung bewiesen; sie haben das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen gegen die Versuchungen des Pragmatismus verteidigt. Selbst wenn es einen Zusammenhang zwischen der Widerspruchsregelung und deutlich höheren Spendezahlen in anderen Ländern gibt, so ist doch fraglich, ob das eine das andere bedingt. Nicht die gesetzliche Regelung von Zustimmung und Ablehnung ist es, die andernorts zu mehr Organentnahmen führt. Die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern geben den Ausschlag. Um einen möglichen Organspender zu erkennen, braucht es Ärzte, die sich die Zeit für eine umfassende Diagnostik nehmen können.“

## Nordwest-Zeitung (Oldenburg)

über dasselbe Thema: „Eine Spende, die man nicht aus eigenem Antrieb gibt, ist keine Spende, sondern ein Zwangsabgabe. Das haben die Bundestagabgeordneten am Donnerstag mehrheitlich zu der Widerspruchslösung gesagt, mit der die Zahl der Organspenden, oder sagen wir besser Organentnahmen, erhöht werden sollte. Ein deutlicher Dämpfer ist das Stimmresultat für den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und den SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach. Es gab nicht nur keine Mehrheit, Spahn und Lauterbach schrammten deutlich daran vorbei. Das ist eine gute Nachricht.“

## Kölner Stadt-Anzeiger

über den Kohle-Kompromiss: „Das alles ist ein Meisterstück, weil es in relativ kurzer Zeit gelang, einen Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen herzustellen: Alle haben sich vom Grundsatz her darauf verständigt, dass fossile Brennstoffe in Deutschland in weniger als 20 Jahren der Vergangenheit angehören müssen – wenn wir Klimaziele überhaupt noch erreichen wollen.“

## KORREKTUR

Anders als am Donnerstag, 16. Januar, im Wirtschaftsteil versehentlich berichtet, heißt der Präsident des Bundes der Steuerzahler Reiner Holzengel. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

WK

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten

WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten

TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG

Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig

Mitglied der Chefredaktion/Leiter Digitales: Philipp Jaklin

Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Leiter Zentralredaktion und Politik: Markus Peters - Bremen/Niedersachsen: Maren Beneke und Joerg Helge Wagner - Kultur: Iris Hetscher - Wirtschaft: Philipp Jaklin (Komm.) - Sport: Mathias Sonnenberg - OSTERHÖLZER KREISBLATT: Antje Borselmann - DIE NORDDEUTSCHE: Michael Brandt - WÜMME-ZEITUNG: André Feser - ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Kai Purschke\* - SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Eike Wienberg (Komm.) \* DELMENHORSTER KURIER: Andreas D. Becker\* - Büro Berlin: Georg Ismar - Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Brüssel: Dettlef Drewes - Büro London: Katrin Pribyl - Büro Paris: Birgit Holzer - Büro Washington: Thomas Spang

\*PresseDienst Nord GmbH

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 38,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 73.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 10 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungs-häuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service: Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Redaktion: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 04 21/36 71 66 55

Telefax: 04 21/36 71 11 00 (Anzeigen)

Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de anzeigen@bremer-nachrichten.de